



## **Stellungnahme zu den Berliner Haushaltsverhandlungen**

### **Ausbau statt Kürzung: Psychische Gesundheit hat kein Sparpotenzial**

Als Zusammenschluss von Akteuren aus Politik und Gesellschaft, die sich für die psychische Gesundheit der Berliner und Berlinerinnen engagieren, appellieren wir an den Berliner Senat, geplante Kürzungen im Bereich der psychosozialen Versorgung zu überdenken und die Relevanz einer gut ausgebauten und psychosozialen Versorgung für unsere Stadt anzuerkennen.

Das rasante Wachstum der vergangenen 30 Jahre bringt für Berlin erhebliche Herausforderungen mit sich, die Grenzen der Belastbarkeit sind im sozialpsychiatrischen Hilfesystem längst erreicht. Es fehlen Fachkräfte und Therapieplätze, die psychiatrischen Stationen und Ambulanzen sind voll und Einrichtungen, die unverzichtbare psychosoziale Dienste im Rahmen des PEP leisten, kämpfen um ihre Weiterfinanzierung was die eh schon knappen Ressourcen noch zusätzlich bindet.

Derweil steigt die individuelle Belastung auf die Berlinerinnen und Berliner. Aktuelle Krisenlagen, Zukunftsängste, Inflation, Arbeitsüberlastung sowie die besonderen Herausforderungen des Großstadtlebens führen zu Depressionen, Angststörungen, Suchterkrankungen oder Burnout. Psychische Störungen zählen in Deutschland zu den häufigsten Erkrankungen, in Berlin verursachen sie schon seit 2021 die meisten krankheitsbedingten Fehltag. Diese Situation verlangt nach einem robusten und flexiblen Versorgungssystem, das auf die spezifischen Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten ist und mit dieser mitwächst.

Besonders das Ineinandergreifen der Hilfen ist für eine ausreichende Versorgung der Berliner Bevölkerung essentiell. Ein Abbau niederschwelliger Angebote im Bereich der Prävention und Beratung gefährdet die Stabilität der Stadtgesellschaft und führt außerdem zu einer Verschlechterung und Chronifizierung individueller Krankheitsverläufe. Gerade das frühzeitige Annehmen von Hilfen, die schnell und unkompliziert zu erreichen sind, verhindert die weitere Verschlimmerung. Wenn darüber hinaus weitere Unterstützung benötigt wird, so wird diese durch die PEP-Angebote unterstützt und bei Bedarf auch begleitet. Daher sind diese Anlaufpunkte die Basis des psychiatrischen Versorgungssystems.

Kürzungen im Bereich der zuwendungsfinanzierten bezirklichen Kontakt- und Beratungsstellen, der Zuverdienste für psychisch kranke Menschen und in den integrierten Suchtberatungsstellen oder des berlinweiten Krisendienstes werden keine Kosten senken, sondern im Gegenteil zu Mehrausgaben in anderen Bereichen des Hilfesystems, z.B. in den Notaufnahmen der Kliniken, führen. Auch das Einfrieren der jetzigen Ausgaben käme aufgrund der enormen Kostensteigerungen der letzten Jahre bei gleichzeitig stetig steigenden Bedarfen einer faktischen Kürzung gleich. Es würde zum Abbau von Angeboten und dem Absenken von Qualitätsstandards führen, was eine Einschränkung der Leistungen für Menschen bedeutet, die diese dringend benötigen. Eine gesicherte und verlässliche Unterstützung der Hilfen ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt der Stadt von entscheidender Bedeutung.

Eine Stadt, die die psychische Gesundheit Ihrer Bevölkerung stärkt, investiert in ihre eigene Zukunft.

**Berlin, 15.11. 2024**